

Nebroner Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wiltb. Sauer in Koblentz.
Druck- und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Böhmig (vorm. Ww. Weig), Markt 33/35
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamettel 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtpostsparkasse Nebra — Bankverein Aachen.

Nr 148

Sonnabend, den 10. Dezember 1932

45. Jahrgang

Deutscher Reichstag

Sitzung durch Prügel aufgelöst.

Berlin, 9. Dezember.

Reichstagspräsident Göring eröffnet um 2 Uhr 10 Minuten die Sitzung und teilt das Ergebnis der Schriftführerwahl mit. Er teilt weiter mit, daß nach der endgültigen Feststellung der Abg. Lössle (Soz.) zum Vizepräsidenten gewählt worden sei.

Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) beantragt, in namentlicher Abstimmung eine Wiederholung der Vizepräsidentenwahl zu beschließen.

Die Nationalsozialisten beschließen, daß die Wahl des Abg. Lössle zum Vizepräsidenten einmündig festgesetzt sei. Einer Wiederholung widersprechen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) beantragt namentliche Abstimmung über die Zulässigkeit der Wiederholung.

Diese Abstimmung ergibt die Ablehnung der Zulässigkeit mit 289 gegen 201 Stimmen bei 88 Enthaltungen. Für die Zulässigkeit haben sich Nationalsozialisten die Mitglieder der Deutschen Volkspartei gestellt. Die Deutschnationalen haben Stimmenthaltungs-Karten abgegeben.

Präsident Göring richtet an den Abg. Lössle (Soz.) die Frage, ob er das Amt des Vizepräsidenten annehme. Abg. Lössle (Soz.): Ich will nicht zurückweichen, daß ich gelte als Betrüger des amtlichen Ergebnisses. Zweifel hatte, ob ich diese Wahl annehmen sollte. Nachdem heute durch die gültigen Bestimmungen des Abg. Dr. Fried diese Zweifel beseitigt sind (gr. Heiterkeit), nehme ich das Amt an (leb. Beifall b. d. Soz.).

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält Abg. Hell-Brandenburg (Komm.) zu einer Erklärung das Wort. Er teilt mit, daß bei der furchtbaren Explosionskatastrophe in Bremen dreißig Arbeiter unter den Trümmern begraben und zehn getötet worden sind.

Alle Abgeordneten erheben sich spontan von den Sänen. — Abg. Hell fährt fort: Diese Katastrophe war nur möglich durch die unerhörten Antreibermethoden. Diese Bemerkung wird von rechts und aus der Mitte mit stürmischen Applausen und Erklärungsfindungen beantwortet. Vizepräsident Effer ruft den Redner wiederholt nachschärfend bei der Sache zu bleiben und entzieht ihm schließlich das Wort. Abg. Hell spricht trotzdem weiter und verlangt die sofortige Beratung eines kommunikativen Antrags, der eine Unterbrechung der Urkunden der Katastrophe und Hilfsmaßnahmen für die Opfer fordert.

Vizepräsident Effer protestiert kein Bedauern darüber aus, daß der Redner die alle Gemüter erschütternde Mitteilung von der schmerzlichen Katastrophe zu politischer Agitation mißbraucht habe.

Gegen den kommunikativen Antrag wird kein Widerspruch erhoben. Er soll am Schluß der Tagesordnung behandelt werden.

Auf der Tagesordnung, in die nunmehr eingetreten wird, steht als erster Punkt der nationalsozialistische Beschlusstext.

wonach der Reichspräsident im Falle seiner Verhinderung durch den Präsidenten des Reichsgerichts vertreten werden soll.

Die Antragsteller nehmen zunächst nicht das Wort. Abg. Schmeidler (Komm.) erklärt, das Reichsgericht stehe unter so starkem nationalsozialistischem Einfluß, daß nach dem Ausschluß des jetzigen Reichspräsidenten ein nationalsozialistischer Nationalsozialist sein werde. Der Redner richtet dann scharfe Angriffe gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg.

Vizepräsident Effer rief wegen dieses unerhörten Ausfalls gegen den Herrn Reichspräsidenten den Redner zur Ordnung.

Auf der Tribüne beteiligte sich ein Mann an den Niederungen, der von einem Diener zum Verlassen der Tribüne ergebens angefordert wird. Nationalsozialisten unterließen den Beamten und dringen auf den Demonstrationen ein, den sie unter Zuspruch der Tribüne drängen. Die Kommunisten im Saale brechen beim Anblick dieser Szene in lärmende Verwünschungen gegen die Tribünenbesucher aus. Auf der Tribüne sind inzwischen auch einige uniformierte Nationalsozialisten erschienen. Es entwickelt sich oben im Schloß, die von den Kommunisten im Saal mit „Nieder!“-Rufen gegen Hindenburg begleitet wird. Während des allgemeinen Tumults hat Vizepräsident Effer seinen Platz verlassen und damit die Sitzung unterbrochen.

Die zweite Sitzung

Nach etwa dreierstündiger Pause eröffnet Vizepräsident Effer die Sitzung wieder mit der Mitteilung, daß der Reichstagspräsident die Vorgänge unteruchen und nach dem Abschluß berichten werde.

Hierauf wird die Aussprache über das von den Nationalsozialisten eingebrachte Präsidenten-Wahlrechtsgesetz fortgesetzt.

In der darauf folgenden zweiten Beratung wird ein deklamatorischer Antrag auf Ausschuß-Überweisung gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der vom Abg. von Freytag begründete Änderungsantrag, wonach der Reichspräsident selbst keinen Vertreter bestimmen soll, wird gleichfalls gegen die Antragsteller abgelehnt, der nationalsozialistische Entwurf mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten und Deutschnationalen angenommen. Die

deutsche Beratung kann wegen eines Einspruchs der Kommunisten erst in der nächsten Sitzung vorgenommen werden.

Es folgt die erste Beratung der Anträge des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten auf Veränderung der Notverordnung vom 4. September in ihrem sozialpolitischen Teil, auf Winterbeihilfe und Arbeitsbeschaffung.

Die sozialdemokratischen Anträge, die Abg. Karsten vortragen, fordern u. a.: Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni oder Erweiterung der Winterbeihilfe, Erhöhung der Unterhaltungsbeihilfe und Sozialrenten auf den Stand vor der Notverordnung vom 14. Juni 1932. Die Anträge der Nationalsozialisten, die Abg. Bürger (Komm.) begründete, fordern: Aufhebung der Notverordnung vom 4. September in ihrem sozialpolitischen Teil und der darauf gegründeten Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheiten, Abschaffung einer Wohnschicks- und Winterbeihilfe für Studierende sowie eine Arbeitsbeschaffungsaktion, insbesondere durch öffentliche Bautätigkeit.

Nach weiterer Aussprache übermies der Reichstag nach die Annahmestimmungen in den Ausschuss zur Weiterberatung und vertagte danach die Debatte über die sozialpolitischen Anträge auf Freitag, 11. Uhr.

Der zweite Tag der gegenwärtigen Reichstagsitzung hat, wenn man von dem höchsten Zivilsenat abläßt, der auf der Tribüne begann und sich im Abendgang abspielte, seinen Verlauf genommen, der fast vollkommen friedlichen normalen Parlamentszeiten entsprach. Die Beratung der beiden Gesetzesanträge wurde ganz ordnungsmäßig durchgeführt, und zwar so sehr, daß es allgemein eine Ueberzeugung ausfließte, als die Beratung auf Freitag schon gegen 7.30 Uhr vertagt wurde, während man noch eine endlose Rednerliste erwartete und damit gerechnet hatte, daß es mindestens 10 oder 11 Uhr werden würde.

Angehts dieser Entwicklung des Tages läßt sich das Ergebnis dahin zusammenfassen, daß der Eindruck sich verflücht hat, wonach für Freitag die Beratung des Reichstags auf Mitte Januar erwartet werden kann.

Auf eine einfache Formel gebracht, liegen die Dinge folgendermaßen: Das Zielvertragsgesetz magst keine Schwierigkeiten bereiten. Bei dem sozialpolitischen Fragenkomplex sind die sozialdemokratischen Anträge die am weitestgehenden, weil sie die Aufhebung der ganzen Notverordnungen vom 14. Juni und vom 4. September verlangen. Es hat sich schon gezeigt, daß diese Anträge der Ablehnung verurteilt werden. Dagegen werden die nationalsozialistischen Anträge, die sich auf die Aufhebung der lohn- und sozialpolitischen Bestimmungen beschränken, mit Sicherheit angenommen werden. Konfliktlos ergibt sich daraus also nicht, ob sie dann — wenn nicht außergewöhnliche Zwischenfälle eintreten, an die man aber kaum noch glauben darf — am Freitagabend der Reichstag bis Mitte Januar vertagen. Für diesen Ausgang der Reichstagsitzung spricht u. a. auch die Wehrereibildung, die sich ergab, als von links der Antrag gestellt wurde, den Reichstagsantrag zu zitieren. Der Antrag wurde mit der größten Mehrheit abgelehnt, die schon am Dienstag in die Entscheidung getreten war. Man darf erwarten, daß der Reichstag bei den entscheidenden Abstimmungen am Freitagabend daselbe Bild bieten wird.

Verhandlungen über die Amnestie

Die Frage, von deren Entscheidung Verlegung der Reichstags über Weihnachten oder Weltertagen und damit Mißtrauensvotum und Konflikt abhängen, ist die Gestaltung der Amnestie, wie die der Rechtsausschuß des Reichstags vertritt. Unverkündigte Verordnungen darüber hatten zwischen den Führern der größeren Parteien schon stattgefunden. Die Surfen der einzelnen Fraktionen hatten verschiedene Besprechungen untereinander, um die Ausschüsseberatungen vorzubereiten. Vom Plenum sind dem Ausschuss drei Entwürfe übergeben worden, die von den Nationalsozialisten, den Kommunisten und den Sozialdemokraten beantragt waren.

Diese Entwürfe sind zwar äußerlich sehr verschieden, ihr Inhalt deckt sich jedoch im wesentlichen. Die Streitpunkte bilden die Behandlung der Landesverratsfälle und die Behandlung der jüngeren Verbrecher gegen das Leben und gegen das Sprengstoffgesetz. Der kommunikativen Antrag will beide Gruppen mit amnestieren, der nationalsozialistische wenigstens die zweite Gruppe. Dagegen büßten in dem sozialdemokratischen Entwurf die Verbrecher der Regierung und der Mittelparteien gegen eine solche Regelung berücksichtigt sein. Es handelt sich nun darum, wenigstens mit den Nationalsozialisten eine Kompromißlösung zu vereinbaren, die gleichzeitig für die Regierung und den Reichspräsidenten erträglich wäre.

Nach dem bisherigen Verlauf der Besprechungen redet man bei allen Parteien damit, daß es zu einer Einigung kommt, und daß dadurch die Verlegung des Parlaments bis Mitte Januar ermöglicht wird. Für das Stellvertretungsrecht und die Aufhebung der besonders stark umfänglichen sozialpolitischen Bestimmungen der Notverordnungen ist überhoben im Reichstag eine Mehrheit vorhanden, und was die sozialpolitischen Notverordnungen angeht, so glaubt man in parlamentarischen Kreisen, daß das Kabinett schon gleichzeitig mit dem Reichstagsbeschluss die entsprechenden Maßnahmen von sich aus treffen wird.

Otto Braun beim Reichstanger

Reichstagsler von Schleicher hatte eine Besprechung mit dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, die sich am wichtigsten um die Haltung der preußischen Regierung sei den kommenden Reichstagsverhandlungen drehte.

Straferlasse und Strafmwanbung

Vorschläge der Reichsregierung an den Rechtsausschuß, Berlin, 9. Dezember.

Wie verlautet, hat Reichsjustizminister Dr. Gürtner den Mitgliedern des Rechtsausschusses des Reichstages einen Antriebsvorschlag des neuen Kabinetts überreicht, der die Amnestie nicht auf die Straftaten sondern im wesentlichen auf die Strafbefehle abstellen will. Strafen bis zu einem Jahr sollen nach diesem Vorschlag gestrichen, Strafen von mehr als einem Jahr gemildert und dabei Zuchthausstrafen in Gefängnis umgewandelt werden. In Einzelfällen soll Begnadigung Platz greifen. Eine Reihe von Straftaten ist auch von dieser Amnestie ausgenommen, und zwar außer in dem sozialdemokratischen Antrag genannten Straftaten auch Hochverrat und gemeingefährliche Verbrechen.

Gregor Strasser erkrankt

Berlin, 9. Dezember.

Die Reichspresseflecke der NSDAP. teilt mit, daß Gregor Strasser mit Genehmigung des Führers einen Anfernturlaub von drei Wochen antritt, und daß alle weiteren daran geknüpften Gerüchte und Kombinationen unzutreffend seien und jeglicher Grundlage entbehren.

Deutsche Tageschau

Die Aufgaben des Arbeitsbeschaffungskommissars. Die Verhandlungen über den Aufgabebereich des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung Dr. Gerete sind noch nicht abgeschlossen. Es sind zunächst noch genaue Klärungen innerhalb des Kabinetts notwendig, namentlich über die Abgrenzung des Arbeitsgebietes des Reichskommissars. Außerdem muß nach Klarheit über die Zusammenarbeit mit der Reichsbank geschaffen werden. Es wird erwartet, daß die Verhandlungen von allen Seiten nach Möglichkeit beschleunigt und gefördert werden, damit mit der gebotenen Schnelligkeit praktische Arbeitsbeschaffung durchgeführt werden kann.

Gewerkschafter beim Reichspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg empfing eine Abordnung des Geländeverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, bestehend aus den Herren Ditt, Amüß, Balirisch, Kaiser, welche Reichspräsidenten über die Notlage in der deutschen Arbeiterschaft berichteten und Maßnahmen zur Beseitigung der auftretenden Notstände vorschlugen. Der Reichspräsident legte eine ableidige und sorgfältige Prüfung der gemachten Vorschläge zu.

Jung-Erwerbslose im Reichstag.

Im Reichstagsgebäude fand sich eine Gruppe jüngerer Berliner Erwerbsloser ein, die den Fraktionen bestimmte Forderungen für die Erwerbslosen unterbreitete. Dabei wurde verlangt, daß den Erwerbslosen täglich ein warmes Mittagessen gegeben werde, daß man ihnen freierheit auf der Straßenschilder inoffiziell zuzuführen, als die Bestimmung der Erwerbslosen in größerer Entfernung von der Stellensliste liegen. Ferner wurde die kostenlose Biederung von Kleidung und Schuhwerk, die Schaffung von Unterrichtsräumen, eine Winterhilfe von 20 RM und Arbeit zu unterstützen gefordert.

Auslands-Rundschau

Eine zweite polnische Schuldnotnote. Die polnische Regierung hat beschlossen, bei der amerikanischen Regierung ein zweites Mal wegen der Verletzung der Dezemberabnahme vorläufig zu werden. Der polnische Botschafter in Washington erhielt den Auftrag, eine entsprechende Note dem Staatsdepartement zu überreichen. In dieser Note wird darauf hingewiesen, daß Polen durch verheerende Importbeschränkungen nicht genügend Devisen beschaffen kann, um die Schuldzinszahlungen zu leisten.

Keine Heeresverminderung in Spanien.

Der Heeresauschuß der spanischen Kammer hat mit einer Stimme Mehrheit einen Antrag der Radikalen abgelehnt, wonach das spanische Heer auf 100 733 Mann herabgesetzt und die Militärstärke auf 1. Januar 1934 auf sechs Monate verfrist werden sollte. Die Regierung hatte sich gegen diesen Antrag ausgesprochen. Es bleibt also bei der bisherigen Heeresstärke von 144 223 Mann.

General Sunpinwen den Japanern ausgeliefert?

Die Kommandierenden haben den vor einigen Tagen auf sowjetrussisches Gebiet geflüchteten und internierten chinesischen General Sunpinwen zusammen mit 40 chinesischen Soldaten den japanischen Militärbehörden in Manchuria ausgeliefert. Unter den Ausgelieferten soll sich auch General Wangfanghien befinden. Sunpinwen droht die Todesstrafe.

Kleine politische Meldungen

Dr. Besthe, Präsident der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen, hat die Verammlung der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen in die bisherigen Reichspräsidenten Dr. Besthe zum Präsidenten der Landwirtschaftskammer.

Kaiser Augustin Celinowitsch in Berlin. Der russische Botschaftsminister für Auswärtige, Celinowitsch, traf auf der Durchreise nach Genf zu kurzem Aufenthalt in Berlin ein.

Forderungen der Hausbesitzer. In einem Schreiben an den Reichstagsrat fordert der Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzerkreise ein grundlegendes Reform- und Sanierungsmaß für den Hausbesitz. Vor allem soll die Wohnungsmangelswirtschaft beseitigt und der Gedanke eines „sozialen Mietrechts“ fallen gelassen werden.

Steigende Arbeitslosigkeit in Oesterreich. Die Zahl der unterhaltungslosen Arbeitslosen in Oesterreich ist in der zweiten Novemberhälfte um rund 18 000 auf 329 707 gestiegen.

Das Auftreten von Wintergewittern

In den Küstengebieten und den küstennahen Landes- teilen wird man zur Winterzeit weit häufiger Gewitter be- obachten können, als das in unseren Landstrichen der Fall ist. Allgemein gesehen, treten Wintergewitter viel, viel häufiger auf, als wir annehmen, nur allzuoft kommt es vor, daß wir von diesem Wintergewitter nicht allzuviel merken, weil vielleicht nur ein oder zwei Donnererschläge hörbar sind, oder weil es nur ein einziger Blitz war, der über den Himmel zuckt. Von der Äralet Seligkeit kann man zum Beispiel sagen, daß sich die Zahl der Sommer- und Winter- gewitter ungefähr die Waage hält.

Die Erklärung dafür, daß Wintergewitter so selten be- obachtet werden oder größeren Umfang annehmen, liegt wohl in der Hauptfache darin, daß sie in sehr großen Höhen eine außerordentliche Zuggeschwindigkeit aufweisen und eben so schnell wieder verschwinden, wie sie heraufgezogen sind. In Begleitung mit einem solchen Wetter treten meist

nach sehr tiefhängende, vom Sturm zerfetzte einzelne Wol- fenzüge auf, die ihrerseits die elektrischen Entladungen zwi- schen Wolke und Erde in sehr hohem Maße begünstigen. Während man bei den Sommergewittern aber zum Beispiel sehr oft beobachten kann, wie ein großer Teil der Blitze von Wolke zu Wolke überpringt, so läßt sich bei den Winter- gewittern das Gegenteil feststellen. Jeder der wenigen Blitze ist ein Ausgleich von der Wolke zur Erde. Nun wird man annehmen, wenn die Wintergewitter so wenig elektrischer Entladungen aufzuweisen haben, dann sind sie auch größtenteils ungefährlich. Die Blitzschlagstatistik erweist jedoch ge- rade das Gegenteil. Wintergewitter haben nämlich eine verhältnismäßig sehr hohe Zahl zündender und zerstörender Blitzschläge aufzuweisen. Ueberdies sind Wintergewitter zu- meist von heftigen Stürmen und Schneefällen begleitet, und wer im Gebirge einmal ein Wintergewitter erlebt hat, der weiß, daß die Schneefurten dabei häufig mit einer Ge- schwindigkeit von 120 Stdm. und mehr ragen und schon in manchem Menschen das Lebensgefühl ausgetrieben haben

Wie aber entstehen nun diese Wintergewitter über- haupt? Sehr häufig kommt es dazu beim Vorübergang eines ausgeprägten Sturmtiefs, auf dessen einer Seite zunächst milde und feuchte Luft vom Ozean nach Mitteleuropa vor- dringt. Auf der Rückseite hingegen brechen dann plötzlich kältere, polare Luftmassen in die milde Luft herein. An der Grenzschicht der beiden Strömungen kommt es dann zum Ausbruch von Schnee- und Gewitterböen, in zuweilen auch von Hagelschlägen. Demzufolge kann man vor Ausbruch eines solchen Wintergewitters zunächst Tauwetter beobachten, das während des Gewitters selbst ebenfalls noch anhalten mag; ist das Gewitter dann vorüber, und die polaren Luft- massen haben sich ihren Einfluß verhofft, dann wird, und dies beobachtet man zuweilen im Zeitraum von zwei Stun- den, die Quecksilberläufe wieder unter den Gefrierpunkt her- absinken. Man erlebt dabei also hier auf Erden einen fül- laren und sichtbaren Beweis vom dem Kampf, der sich oben in höheren Regionen zwischen den verschiedenen Luftschichten abspielt.

Stadt-Lichtspiele „Dreuz. Hof“
 Sonntag, den 11. Dezember, abends 8^{1/2} Uhr:
„Rache für Eddy“
„Der Gefangene von Zenda“
 Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**

Schützenhaus Nebra
 Heute Sonnabend
Schlachtfest
 ab 10 Uhr Weißfleisch — abends Würstchensaus
 Es ladet freundlichst ein **Reinhold Jahn.**

Preussischer Hof
 Sonntag, den 11. Dezember
Kaffee-Kränzchen
 Es laden freundl. ein **Fr. Maertens und Tochter**

Spare mündelsteher **Stadt-Sparkasse Nebra 2/3.**
 bei der

Bleyle-Kleidung
 Anzüge, Kleider, Pullover, Westen, Schlupf- hosen, Röcke in allen Formen, Größen und Farben vorrätig.
Trikotagen
 für Damen, Herren- und Kinder-Einsatz- hemden (gute haltbare Qualitäten), Ribana- und Dr. Lahmann-Unterkleidung.
Wäsche
 Leib-, Bett-, Tisch- und Hauswäsche, Ge- decke, schöne kunstseidene Kaffeedecken, Taschentücher, Schürzen.
J. Eternach, Naumburg a. S.
 Große Wenzelsstraße 36

Der ober-schlesische Wanderer
 das Land der Großindustrie und mächtigen Landwirtschaft ist mit seinen fast 1 1/2 Millionen Einwohnern ein Absatz- gebiet ganz besonderer Bedeutung. Die bei weitem stärksten gelesene und be- deutendste Tageszeitung der Provinz ist
Der ober-schlesische Wanderer
 Mitglied im Ring führender Provinzverlage
 Verlag: Gleiwitz, Kirchplatz
 Eigene Zweigstellen mit Redaktionen und T. Druckereibetrieben in
 Hindenburg — Beuthen — Ratibor — Naisa — Neustadt — Oppeln
 Kreuzburg — Kattowitz — Königshütte — Rybnik
 Fordern Sie bitte unsere 24 farbigen marktähnliche Proschüre
 „Was geht in Oberschlesien vor?“ — kostenlos vom Verlage ein



Vergessen Sie nicht
 Ihre
Weihnachts-Reklame
 im
„Nebraer Anzeiger“

Achtung!
 heute Sonnabend, den 10. Dezember 1932
 findet im „Schützenhaus“ ein
Konzert
 mit anschließendem **Tanz** statt.
 Es ladet freundlichst ein
Hitler-Jugend Nebra

Nach mehrjähriger Tätigkeit in Oberschlesien
 habe ich mich in
Nebra, Grabenmühlenweg 8
 (frühere Haushaltungsschule) als
prakt. Tierarzt niedergelassen
Dr. med. vet. W. Hoffmann
 Telefon: Nebra 65

Druckfachen aller Art
 fertigt an in handerer, moderner Ausführung und liefert
Buchdruckerei Wilt. Gauer, Köstleben.

„Nur Miele Miele“
 sagte Tante,
 die alle Waschmaschinen kannte

Mielewerke A.G.
 Große Waschmaschinenfabrik Deutschlands
Gütersloh/Westfalen
 Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Zu den notwendigsten Bedürf- nissen des Lebens gehört
eine gutgehende Uhr -
 sie ist deshalb
das willkommenste Geschenk.
 Uhren sind jetzt nicht nur **besser und schöner**, sondern auch **billiger** wie in der Vorkriegszeit.
 Bitte überzeugen Sie sich!
R. GABRIEL
 Uhrmachermeister
ROSSLEBEN

Wer inforiert, für seine Waren interessiert!
 Die neuesten Schöpfungen der **Radio-Industrie** erhalten Sie immer bei
Schütze, Inh. A. Gieseler
 Eisenbahn / Ascherleben / Merseburg
Sangerhausen, Kyllisenstraße Nr. 28, 32/34
Radio-Großvertrieb

Geschäftsleute, Gewerbetreibende, Handwerker,
 die beim Einkauf von Geschäftsbüchern Wert auf eine preiswerte Ausführung legen, verlangen Bücher der „blauen KE-Serie“. Durch die besondere Art ihrer Herstellung, das zeitgemäße KE-Verfahren, sichert die „blaue KE-Serie“ Vorteile beim Kauf und beim Gebrauch. Die „blaue KE-Serie“ erkennen Sie am blauen Schnitt und an der „blauen KE-Garantemarke“. Sie erhalten die „blaue KE-Serie“ nur in guten Geschäften des Papier-, Schreibwaren- u. Bürobedarfshandels, bestimmt bei:
WILHELM SAUER ROSSLEBEN

Zaunlatten Riegel-Säulen
 in allen Abmessungen
Thüringer Holzwerke
 Rossleben Fernspr. 263.
Meine bestens bewährte Kernseife
 2-Pfd.-Riegel 48 Pf.
 3-Pfd.-Riegel 72 Pf.
 bringe ich in empfehlende Erinnerung
Hugo Mögling.

Nebrauer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Zauer in Kösteben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Zauerische Buchdruckerei, Kösteben.
Gesellschaftliche in Nebra: Kaufmann Hugo Nübling (vorm. Wm. Weis), Markt 34/35
Fernsprecher: Amt Kösteben Nr. 221. — Postkonton: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen lösen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Stellamei 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Deutscher Reichstag

Sitzung durch Prügel aufgelöst.

Berlin, 8. Dezember.
Reichstagspräsident Göring eröffnet um 2 Uhr 10 Minuten die Sitzung und teilt das Ergebnis der Schriftführer-Wahl mit. Er teilt weiter mit, daß nach der endgültigen Feststellung der Abg. Döbe (Soz.) zum Vizepräsidenten gewählt worden ist.

Abg. Dr. Frid (Nat.-Soz.) beantragt, in namentlicher Abstimmung eine Wiederholung der Vizepräsidenten-Wahlung zu beschließen.

Die Nationalsozialisten bescheiden, daß die Wahl des Abg. Löbe zum Vizepräsidenten einmündig festgelegt ist. Einer Wiederholung widersprechen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Abg. Dr. Frid (Nat.-Soz.) beantragt namentliche Abstimmung über die Zulässigkeit der Wahlung.

Diese Abstimmung ergibt die Ablehnung der Zulässigkeit mit 289 gegen 201 Stimmen bei 58 Enthaltungen. Die Wahlung ist damit von den Nationalsozialisten die Mitglieder der Deutschen Volkspartei gestimmt. Die Deutschnationalen haben Stimmenhaltungs-Karten abgegeben.

Präsident Göring rief an den Abg. Löbe (Soz.) die Frage, ob er das Amt des Vizepräsidenten annehme. Abg. Döbe (Soz.): Ich will nicht verschweigen, daß ich seitdem der Bekämpfung des aktuellen Ergebnisses zustimmte, ob ich diese Wahl annehmen sollte. Nachdem heute durch die gültigen Bemühungen des Abg. Dr. Frid diese Zweifel beseitigt sind (gr. heiterkeit), nehme ich das Amt an (leb. Beifall b. d. Soz.).

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält Abg. Hell-Brenner (Komm.) zu einer Erklärung das Wort. Er teilt mit, daß bei der furchtbaren Explosionkatastrophe in Prenzlau dreißig Arbeiter unter den Trümmern begraben und zehn getötet worden sind.

Alle Abgeordneten erheben sich spontan von den Sitzen. — Abg. Hell fährt fort: Diese Katastrophe war nur möglich durch die unethischen Antriebsmethoden. Die Bemerkung wird von rechts aus der Mitte mit förmlichen Pflichten und Entrüstungsäußerungen beantwortet. Vizepräsident Effer erwidert den Redner wiederholt vorgeht, bei der Sache zu bleiben und entzieht ihm schließlich das Wort. Abg. Hell spricht trotzdem weiter und verlangt die sofortige Beratung eines kommunikativen Antrags, der eine Unterbindung der Ursachen der Katastrophe und Hilfsmaßnahmen für die Opfer fordert.

Vizepräsident Effer spricht sein Bedauern darüber aus, daß der Redner die alle Gemüter erschütternde Mitteilung von der schweren Katastrophe zu politischer Agitation mißbraucht habe.

Gegen den kommunikativen Antrag wird kein Widerspruch erhoben. Er soll am Schluß der Tagesordnung behandelt werden.

Auf der Tagesordnung, in die nunmehr eingetreten wird, steht als erster Punkt der nationalsozialistische Gesetzentwurf.

monat der Reichspräsident im Falle seiner Verhinderung durch den Präsidenten des Reichsgerichts vertreten werden soll.

Die Antragsteller nehmen zunächst nicht das Wort. Abg. Scheller (Komm.) erklärt, das Reichsgericht liege unter loyale nationalsozialistische Aufsicht, daß nach dem Ausscheiden des jetzigen Präsidenten kein Nachfolger für ein Nationalsozialist sein werde. Der Redner richtet dann scharfe Angriffe gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg.

Vizepräsident Effer rief wegen dieses unethischen Zustands gegen der Herr Reichspräsidenten den Redner zur Ordnung.

Auf der Tribüne befiel sich ein Mann an den Niedertrufen, der von einem Diener zum Verlassen der Tribüne verbeten aufgeführt wird. Nationalsozialisten unterließen den Beamten und bringen auf den Demonstranten ein, den sie unter Faustschlägen zur Tür drängen. Die Kommunisten im Saal brechen beim Anblick dieser Szene in lärmende Verwünschungen gegen die Tribünenbesucher aus. Auf der Tribüne sind inzwischen auch einige uniformierte Nationalsozialisten erschienen. Es entwickelt sich oben ein Schlägerei, die von den Kommunisten im Saal mit „Nieder!“-Rufen gegen Hindenburg begleitet wird. Während des allgemeinen Tumults hat Vizepräsident Effer seinen Platz verlassen und damit die Sitzung unterbrochen.

Die zweite Sitzung

Nach etwa dreierstündiger Pause eröffnet Vizepräsident Effer die Sitzung wieder mit der Mitteilung, daß der Reichstagspräsident die Beschlüsse unterläßt und nach dem Vorhinein berichtet wurde.

Hierauf wird die Aussprache über das von den Nationalsozialisten eingebrachte Verbreitungsgebot fortgesetzt.

In der darauf folgenden zweiten Beratung wird ein deutschnationaler Antrag auf Ausschluß-Überweisung gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der von Abg. von Treppitz begründete Wendenantrag, wonach der Reichspräsident selbst seinen Vertreter bestimmen soll, wird gleichfalls gegen die Antragsteller abgelehnt. Der nationalsozialistische Entwurf mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten und Deutschnationalen angenommen. Die

dritte Beratung kann wegen eines Einspruchs der Kommunisten erst in der nächsten Sitzung vorgenommen werden. Es folgt die erste Beratung der Anträge des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten auf Veränderung der Rotverordnung vom 4. September in ihrem sozialpolitischen Teil, auf Winterhilfe und Arbeitsbeschaffung.

Die sozialdemokratischen Anträge, die Abg. Karsten vertrat, fordern u. a.: Aufhebung der Rotverordnung vom 14. Juni oder Erweiterung der Winterhilfe, Erhöhung der Unterhaltungsätze und Sozialrenten auf den Stand vor der Rotverordnung vom 14. Juni 1932. Die Anträge der Nationalsozialisten, die Abg. Böger (Natsoz.) begründete, fordern: Aufhebung der Rotverordnung vom 4. September in ihrem sozialpolitischen Teil und der darauf gegründeten Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitslosigkeit, Gewährung einer Winterhilfe- und Winterbeihilfe für Rotleidende sowie eine Arbeitsbeschaffungsaktion, insbesondere durch öffentliche Aufträge.

Nach weiterer Aussprache übermies der Reichstag noch die Annahme anträge an den Ausschuss zur Weiterberatung und verlegte danach die Debatte über die sozialpolitischen Anträge auf Freitag, 11. Uhr.

Der zweite Tag der gegenwärtigen Reichstagsitzung hat, wenn man von den häufigen Zwischenfälle abläßt, bei der auf der Tribüne begangen und sich im Wandelgang fortsetzte, einen Verlauf genommen, der fast vollkommen früheren normalen Parlamentssitzungen entspricht. Die Beratung der beiden Gesetzesentwürfe wurde ganz ordnungsgemäß durchgeführt, und zwar so sehr, daß es allgemein eine Verbesserung auswies, als die Beratung auf Freitag schon gegen 7.30 Uhr verhandelt wurde, während man nach einer endlose Rednerliste erwartet und damit gerechnet hatte, daß es mindestens 10 oder 11 Uhr werden würde.

Zunächst dieser Entwurf des Tages läßt sich das Ergebnis dahin zusammenfassen, daß der Eindruck sich vertritt, daß, wenn für Freitag die Beratung des Reichstags auf Mitte Januar erwartet werden kann.

Auf eine einfache Formel gebracht, liegen die Dinge folgendermaßen: Das Stellvertretergesetz macht keine Schwierigkeiten. Bei dem sozialpolitischen Fragenkomplex und die sozialdemokratischen Anträge die am weitestgehenden, weil sie die Aufhebung der ganzen Rotverordnungen vom 14. Juni und vom 4. September verlangen. Es hat sich schon gezeigt, daß diese Anträge der Ablehnung verfallen werden. Dagegen werden die nationalsozialistischen Anträge, die sich auf die Aufhebung der Lohn- und sozialpolitischen Bestimmungen beschränken, mit Sicherheit angenommen werden. Konfliktlos ergibt sich daraus also nicht, und so kann sich dort — wenn nicht außerordentliche Zwischenfälle eintreten, an die man aber kaum noch glaubt — am Freitagabend der Reichstag bis Mitte Januar vertagen. Für diesen Ausgang der Reichstagsitzung spricht: u. a. auch die Mehrheitsbildung, die sich ergab, als von links der Antrag gestellt worden war, den Reichstagskanzler zu zitiieren. Der Antrag wurde mit derselben Mehrheit abgelehnt, die schon am Dienstag in die Entscheidung getreten war. Man darf erwarten, daß der Reichstag bei den entscheidenden Abstimmungen am Freitagabend daselbe Bild bieten wird.

Verhandlungen über die Amnestie

Die Frage von dem Entscheidungstag Beratung des Reichstags über Amnestien oder Weiterfragen und damit Wahlrechtsentwurf und Konflikt abgesehen, ist die Gestaltung der Amnestie, über die der Reichsausschuss des Reichstags berät. Unvermeidliche Vorbesprechungen darüber hatten zwischen den Führern der größeren Parteien schon stattgefunden. Die Führer der einzelnen Fraktionen hatten verschiedene Besprechungen untereinander, um die Ausschüsse-beratungen vorzubereiten. Vom Plenum sind dem Ausschuss drei Entwürfe überreicht worden, die von den Nationalsozialisten, den Kommunisten und den Sozialdemokraten beantragt waren.

Diese Entwürfe sind zwar äußerlich sehr verschieden, ihr Inhalt deckt sich jedoch im wesentlichen. Die Streitpunkte bilden die Behandlung der Fanzesverhältnisse und die Behandlung der schweren Verbrechen, gegen die Leben und gegen des Sprengstoffgesetzes. Der kommunikativen Antrag will beide Gruppen befriedigen, der nationalsozialistische wenigstens die zweite Gruppe. Dagegen dürften in dem sozialdemokratischen Entwurf schon die Bedenken der Regierung und der Mittelparteien gegen eine solche Regelung berücksichtigt sein. Es handelt sich nun darum, wenigstens mit den Nationalsozialisten eine Kompromisslösung zu vereinbaren, die gleichzeitig für die Regierung und den Reichspräsidenten erträglich wäre.

Nach dem bisherigen Verlauf der Besprechungen rechnet man bei allen Parteien damit, daß es zu einer Einigung kommt, und daß dadurch die Beratung des Parlamentes im Januar ermöglicht wird. Für das Stellvertretergesetz und die Aufhebung der besonders harten umkämpften sozialpolitischen Bestimmungen der Rotverordnungen ist ohnehin im Reichstag eine Mehrheit vorhanden, und was die sozialpolitischen Rotverordnungen angeht, so glaubt man in parlamentarischen Kreisen, daß das Kabinett schon gleichzeitig mit dem Reichstagsbeschluss die entsprechenden Maßnahmen von sich aus treffen wird.

Otto Braun beim Reichstagskanzler

Reichstagskanzler von Schleicher hatte eine Besprechung mit dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun, die sich im wesentlichen um die Haltung der preussischen Regierung bei den kommenden Reichstagsverhandlungen drehte.

Straferlässe und Strafumwandlung

Vorschläge der Reichsregierung an den Reichsausschuss.

Berlin, 9. Dezember.

Wie verlautet, hat Reichsjustizminister Dr. Gürtner den Mitgliedern des Reichsausschusses des Reichstages einen Amnestieentwurf des neuen Kabinetts überreicht, der die Amnestie nicht auf die Straftaten sondern im wesentlichen auf die Strafaberufen stellt. Strafen bis zu einem Jahr sollen nach diesem Vorschlag gestrichen, Strafen von mehr als einem Jahr gemildert und dabei Zuchthausstrafen in Gefängnis umgewandelt werden. In Einzelfällen soll Begnadigung Platz greifen. Eine Reihe von Straftaten ist auch von dieser Amnestie ausgenommen und zwar außer den in dem sozialdemokratischen Antrag genannten Straftaten auch Hochverrat und gemeingefährliche Verbrechen.

Gregor Strasser erkrankt

Berlin, 9. Dezember.

Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit, daß Gregor Strasser mit Genehmigung des Führers einen Krankenurlaub von drei Wochen antritt, und daß alle weiteren daran getüpften Gerüchte und Kombinationen unzutreffend seien und jeglicher Grundlage entbehren.

Deutsche Tageschau

Die Aufgaben des Arbeitsbeschaffungskommissars.

Die Verhandlungen über den Aufgabenertrag des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung Dr. Gerde sind noch nicht abgeschlossen. Es sind zunächst noch genaue Klärungen innerhalb des Kabinetts notwendig, namentlich über die Abgrenzung des Arbeitsgebietes des Reichskommissars. Außerdem muß noch Klarheit über die Zusammenarbeit mit der Reichsbank geschaffen werden. Es wird erwartet, daß die Verhandlungen von allen Seiten aus Möglichkeit beschleunigt und gefördert werden, damit mit der gebotenen Schnelligkeit praktische Arbeitsbeschaffung durchgeführt werden kann.

Gewerkschafter beim Reichspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg empfing eine Abordnung des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, bestehend aus den Herren Diez, Anshof, Saltrup, Reiter, welche dem Reichspräsidenten über die Notlage in der deutschen Arbeiterschaft berichteten und Maßnahmen zur Beseitigung der aufgetretenen Notstände vorschlugen. Der Reichspräsident sagte eine abschließende und sorgfältige Prüfung der gemachten Vorschläge zu.

Jung-Gruberloste im Reichstag.

Am Reichstagsgebäude fand sich eine Gruppe längerer Berliner Erwerbsloser ein, die den Fraktionen bestimmte Forderungen für die Erwerbslosen unterbreitete. Dabei wurde verlangt, daß den Erwerbslosen täglich ein warmes Mittagessen gegeben werde, daß man ihnen freier Zutritt auf der Straßenbahn insoweit zuführe, als die Wohnungen der Erwerbslosen in größerer Entfernung von der Stempelstelle liegen. Ferner wurde die kostenlose Versorgung von Kleidung und Schuhen, die Schaffung von Unterhaltungsstätten, eine Winterhilfe von 20 RM und Arbeit zu Tariflohn gefordert.

Auslands-Rundschau

Eine zweite polnische Schuldenliste.

Die amerikanischen Nachrichten über den Dezember der polnischen Volkspartei in lebende Note dem Rote wird darauf zurückzuführen, daß die Schuldenlasten im Schuldenstaatun-

panien. Der amerikanische Nachrichten hat mit einer abgelehnt, wonach liegt und die Mittel verfrachtet werden den Antrag ausge-

Seeresfahrts von ausgeliefert? Tagen auf japanischen General (daten den japanischen liefert. Unter den anglophilen befinden.

gen. In dem Schreiben an den Reichstagskanzler für Offiziell-Kammer für den Dr. Wetze zum Der russische Volks-

nach Genf zu kurzem Aufenthalt in Berlin ein.

Forderungen der Hausbesitzer. In einem Schreiben an den Reichstagskanzler fordert der Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine ein grundlegendes Reform- und Sanierungs-

maß für den Hausbesitz. Vor allem soll die Wohnungswirtschaft befähigt und der Gebante eines „logischen Mietrechts“ folgen gelassen werden. Steigende Arbeitslosigkeit in Österreich. Die Zahl der unter-

stützten Arbeitslosen in Österreich ist in der Nacht der unter-

stützten Arbeitslosen in Österreich ist in der Nacht der unter-

stützten Arbeitslosen in Österreich ist in der Nacht der unter-

stützten Arbeitslosen in Österreich ist in der Nacht der unter-

stützten Arbeitslosen in Österreich ist in der Nacht der unter-